

Ein englischer Vorstoß in Mitteleuropa.

Es besteht heute gar kein Zweifel mehr, daß die Ungleichung des Vertrages von Triana das europäische Gleichgewicht empfindlich gestört hat. Dieses Gleichgewicht hatte sich erst nach starken Schwankungen und nach Ueberwindung schwerer Hindernisse zur Not nach dem Befehle der Tragheit herausgebildet, und wenn man auch noch lange nicht von einem stabilen Kräfteverhältnis im Sinne der Vortriebszeit sprechen konnte, so standen doch die Kräftelinien in einem gewissen stabilen Verhältnis zueinander, und es bestand berechtigte Hoffnung, daß es dem Völkerbund im Laufe der Zeit gelingen werde, einen Zustand zu schaffen, in dem gelegentlich auf eine prinzipielle Gleichgewichtspolitik verzichtet werden könnte. Auf die Befahren der auch nach dem Kriege noch immer blühenden Bündnispolitik wurde schon des öfteren hingewiesen. Bündnispolitik hat nur einen Sinn, wenn sie tatsächlich Interessengruppierungen zur Voraussetzung hat. Abgesehen davon, daß Interessensvereinigungen immer früher oder später, wenn sie überhaupt Bestand haben, gegen andere Interessengruppen eine Angriffspolitik hervorheben, verlangt gerade das Problem der europäischen Verbündung eher eine Zurückstellung als eine Hervorhebung von Sonderinteressen, die zuerst handelspolitischen, nationalen und kulturellen Anhalts sind, später aber zu ihrer Stützung politischer, diplomatischer und schließlich militärischer Gründe bedürftig.

Der Vertrag zwischen Albanien und Italien, dem auch der friedfertige Titel eines Freundschaftsvertrages beigelegt wurde, hat ganz offensichtlich in die Interessengebiete anderer Gruppierungen eingegriffen. Zugoslawien steht für sich allein am Scheidewege, der es entweder dazu führt, sich den englischen Wünschen zu unterwerfen oder Anlehnung an die deutsch-französische Verbündigung oder endlich an Sowjetrußland zu suchen. Der italienisch-französische Gegensatz, der nach dem Kriege zeitweilig fast in Ercheinung getreten ist, steht seit Monaten unter einer eigenartigen Belastung Frankreichs durch die englisch-italienische Entente, die sich immer mehr bemerkbar macht. Es hat manchmal den Anschein, als wäre die Londoner Politik bemüht, die deutsch-französische Annäherung zu verhindern, oder wenigstens zu betreiben, Deutschland und Frankreich zu zwingen, eine Gruppierung der vier Großmächte England, Deutschland, Frankreich, Italien aufzubringen. Diese Politik, bei der Italien immer als Pressbodem wirkt, hat natürlich den jungen und kleineren Nationalstaaten die Ruhe genommen. Ueberall werden die möglichen Kombinationen erwogen, Interessengemeinschaften und Bündnispläne besprochen, womöglich nach allen Seiten hin, um nicht in die Hinterhand zu kommen. Dadurch ist aber die mitteleuropäische Lage unübersichtlich geworden, wie sie schon seit langem nicht war.

In dieser heißen Situation unternehmen nun England und Italien einen diplomatischen Versuch, der geeignet ist, das allgeröchelte Aufsehen zu erregen und für den Fall seines Scheiterns eine schwere Bedrohung der französischen Interessen in Mitteleuropa bedeuten würde. Aber auch die Interessen des deutschen Volkes, sowohl im Reich, als in Österreich und in den Nationalstaaten, würden empfindlich davon betroffen. Die englischen Bemühungen gehen dahin, einen rumänisch-polnisch-ungarisch-schlesischen osmanischen Block zu durchbrechen, deren Inhalt weit über die bisherigen Grenzschätzungen und Schiedsverträge hinausgehen wird. Es geht um nichts weniger als um den Verlust, Frankreich und Deutschland auf die Weltkarte der Dinge in Mitteleuropa nach Möglichkeit auszuscheiden und namentlich auch die Tschechoslowakei ins englische Fahrwasser zu drängen, nachdem Rumänien, Ungarn und Polen bereits vollständig damit abgesondert haben. Ursprünglich hatte man in London und Venedig gehofft, die Widerstände in den belgischen Staaten des Kleinen Ententes zuerst in Belgien zu brechen. Bei der verlässlichen Annahme

Die Nikola-Papstfisch der Sowjetunion gegenüber begreife, daß das Beginnen nicht ausfichlos. Schließlich aber ergebe die nationale Gegengart zwifchen den Südlavlen und Italien und nach dem Vertrag von Tirana kam es nicht zu dem erwarteten Ausgleich mit dem jugoflavifchen Königreich auf Kosten legendelcher Valfanftämmen, fonderu zu einer offentundigen zufenfrenundlichen Politik der Jugoflavlen. Daher verfuht man es jezt in der tag und ficherem Vernehmen nach gibt es eine Anzahl fchechoflowakifcher Politiker und Militärs, die für eine enghliche Orientierung bereits gewonnen find. Ich

Die Bedingungen, unter denen die Einladung zu einem Blod unter englisch-italienischer Führung angenommen soll, klingen geradezu phantastisch. Jedenfalls ist in diesen Tagen die Geheimdiplomatie wieder Riesearbeit. Das ganze italienisch-englische Verhältnis ist nur ein Ergebnis der Geheimdiplomatie und nun werden die Fäden in allen Hauptstädten der Nationalstaaten weitergesponnen. Immerhin klingt die Nachricht von einer geplanten Ausstellung Paraphorik und ist unbedeutend, besonders wenn man in einem Niemand von Militärabteilungen und allerlei territorialen Anerkennungen

bricht. Daß die Grenzen auf den Partiser Friedenskonferenzen nicht gezogen wurden, darüber soll nicht gestritten werden. Eine Änderung der damaligen Fesler soll aber nicht im Wege politischer Schwachheit erfolgen, sondern nur unter Berücksichtigung des freien Willens der betroffenen Bevölkerung. Aus deren Wille kann maßgebend sein, nicht aber die Ansicht auf ein mehr oder minder katastrophal endendes Willkürbegründnis.

Schließlich muß natürlich die Frage aufgeworfen werden, ob es den Interessen der Nationalstaaten und der Zukunft Mitteleuropas dienen kann, daß Bündnisse und Blöcke entstehen, deren deutlicher Zweck auch darin liegt, die Abschnürung Sowjetrusslands vom Westen herbeizuführen. Man braucht kein Verehrer der bolschewistischen Regierungsmethoden und kein Freund der russischen Wirtschaftspolitik zu sein, um trotzdem zu erkennen, daß es nicht zum Frieden und zum Heile Europas führen kann, wenn Eng-

Land und Ställen einen militärischen Wall an Sowjetrußlands Grenze errichten und wenn die englische Macht Bundesgenossen sucht im Ringen mit seinem mächtigsten Rivalen in China und in der wirtschaftspolitischen Auffassung, deren Mobilisierung Europa in ein Trümmerfeld verwandeln möchte.

Vor einem Jahre war es die Ansicht aller Friedensfreunde der Welt — gemeint sind die Kulturmenschen, die daran glauben, daß sich der Menschheit gelingen kann, in einem vorgeschrittenen Entwicklungsstadium Kriege überhaupt auszuschließen —, daß die deutsche Französisch-Verständigung die erste Voraussetzung bilde für die Sicherung des Weltfriedens. Nun erscheinen englisch-italienische Bestrebungen auf dem Plan, die wenn noch so gut pazifistisch vorbereitet, nur nationaler Interessen halber gepflogen werden und die, wenn sie auch augenscheinlich in erster Linie gegen Sowjetrußland gerichtet sind, was weiten Kreisen in ganz Europa beunruhigt erscheinen mag, doch

auch jedem Augenblick gegen Deutschland und Frankreich zur Auswirkung gebracht werden können.

England und Italien bemühen sich um das Zustandekommen des rumänisch-ungarisch-polnisch-schlesisch-lithauischen Blocks in Mitteleuropa. Kommt er zustande, so richtet er sich nicht nur gegen Sowjetrußland und Jugoslawien, sondern auch gegen Deutschland und Frankreich. Welch hohe Preise, wenn es einmal heißt, England sei in China beschäftigt, dann wieder, Sowjetrußland kammere sich nicht mehr um die Einzelheiten der europäischen Politik, welch schänderlicher Völlerei, wenn man im Namen der Befriedigung Kriegsbündnisse schmiedet. Der englische Vorkoch in Mitteleuropa, der dieses von der alten französischen Linie ablenken soll, beweist nur wieder, was Europa von den Methoden der friedlichen Nachkriegsdiplomatie zu erwarten hat.

Landtags Sprengung durch die Tribünen.

Um die Freigabe der gewerblichen Räume.

Hinausschiebung der Kündigungsfrist bis zum 30. September.

Von unserer Berliner Redaktion.

Die heutige Sitzung des Preussischen Landtags nahm den zu erwartenden stürmischen Verlauf. Der leidenschaftliche Streit drehte sich bekanntlich um das Problem der Forderung der Zwangswirtschaft, um die Verordnung des Volkskrisenministers Dirsefer, die die gewerblichen Räume am 1. April aus der Wohnungszwangswirtschaft freigibt. Die volle Bedeutung des Hauses sowie die Überführung der Substitutionskrisen liegen aus äusserlich erkennenden, das "bide Luft" herrscht. Zahlreiche einflussreiche Angehörige wurden vergeblich Karren zu bekommen, da schon alle Plätze reichlich mit Reichsdeutschen besetzt waren, jedoch auf die Idee eines "strategischen Auswegs", indem sie sich zu Gruppen zusammenflossen und als "delegationen" auftraten, um wenigstens auf diese Weise ein "Interview" mit einigen erwähnten Vertretern des preussischen Volkes zu erlangen.

Schon am Donnerstag mittag gab es ein starkes Gedränge im Landtag. Vor allem waren die Abgeordneten der Wirtschaftspartei das erstore Ziel der heftig gestützierten und laut und eindringlich auf einzelne Abgeordneten einbreitenden Beschuder. Aber gestern verlief sich schließlich die Menge der Interessenten geräuschlos, als sie einfielen, daß die Anträge, die sie in das Parlamentsgebäude getrieben hatten, noch nicht zur Ausprache und Abstimmmg gelangt waren.

Auch heute waren die Hauptstreit im Streit nicht so sehr die opponierenden Parteien im Hause selbst, als vielmehr die Massen, die die Tribünen bevölkerten und ihre Rufe vor allem auf die Ministerbank richteten, woher mit abstreichen Drohbriefen aus ihren Kreisen bedrückte Wohltagrismminister Gröfzler saß. Ganz nach dem Muster von Volksversammlungen quittierte das Heer der Tribünenbesucher die Ausführungen der Redner entweder mit Beifallsclatschen oder mit Pfuißern. Man kann nicht behaupten, daß der Landtagspräsident eine übermäßige Strenge gegenüber diesem in einem Parlament bekanntlich schwer verpönlte Frage nach Meinungsäußerungen an den Tag legte. Er drohte zwar mehrmals mit der Räumung der Tribünen — was bei den Kommunisten natürlich einen künstlichen Proteststurm hervorrief — ließ es aber bis zum Schluß der geduldeten Sitzung bei seiner väterlichen Milde gegenüber dem Publikum bewenden, daß einem durch Räumungen der Geschäftsräume und durchgehende Mietpreisforderungen bedrückten Herzen Empörung und lauten Ausdruck verlieh.

Am Schluß der Debatte, bei Bornharme der Wüstungen, wo die Kravallsszenen immer mehr inschwellen, mußte sich Herr Variels endlich auf eine Pflicht als Hüter der Ordnung des Hauses beziehen und die Räumung der Tribünen anordnen. Aber auch hierzu bedurfte es erst noch eines energischen Verlangens einiger Mitglieder des Parlaments. Wie es bei derartigen Tumulten im Landtag allmählich zur Gewohnheit zu werden beginnt, haben sich daraufhin mehrere kommunistische Abgeordnete auf die Publikumstribünen beschickten die Leute dazu auf, sich der Anordnung des Präbenten zu widersetzen. Diese führte dazu, daß mehrere Tribünenbesucher, die "herausgegangen worden" waren, wieder auf die Tribünen Attake ritten. Präbent Variels zeigte sich gegenüber diesen sich rabiat gebärdenden Elementen der der berühmte Greis auf dem Dach, der sich nicht zu lassen weh. Er verließ einfach, fluchtartig die Tribünen und hob mit dieser Defektion die Sitzung auf. Die Kravalle auf den Tribünen nahmen auch jetzt noch ihren Fortgang und es bedurfte erst geraumer Zeit, bis mehrere Kriminalbeamte die Tribünen zu säubern vermochten. Die hitzige Arrangements

der aufgeweichten Gemüther zitterte im Saale und in den Gängen des Hauses noch lange nach.

Das politische Ergebnis der Abstimmungen ist, daß der demokratische Antrag auf Einaufschub der Kündigungsfrist bis zum 30. September 1927 angenommen wurde. In parlamentarischen Kreisen wurde nach der Sitzung die Frage lebhaft besprochen, ob nun der Minister entsprechend seiner Ankündigung in seiner heutigen Rede die Konsequenz aus der Annahme dieses Antrages ziehen und die Verordnung aufheben würde. Wie wir hören, dürfte jedoch der Minister die Verlängerung der Frist nicht als eine wesentliche Änderung der Verordnung ansehen, sodaß mit einer Zurücknahme der genannten Verordnung in parlamentarischen Kreisen nicht gerechnet wird. Uebrigens sind die Abstimmungen heute noch nicht zu Ende gegangen, werden vielmehr am Samstag fortgesetzt werden, und es wird mit irgendwelchen Schwierigkeiten am Samstag nicht mehr gerechnet.

Beachtung verdient noch, daß die Regierungskoalition aus den Bestimmungen ausbleibender. Praktische Bedeutung hat dies natürlich nicht. Sozialdemokraten und Demokraten haben erklären lassen, daß sie das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Minister Hirtfelder ablehnen werden.

Preussischer Landtag.

Berlin, 18. Februar.

Die schon gestern waren auch heute die Tribünen des Landtages in Erwartung der Aussprache über die der Wohnungswirtschaft durch die Verordnung des Wohlfahrtsministers Hirscheys herausgelassenen gewerblichen Räume dicht besetzt. Vor allem hatten dort durch Kündigung ihrer Geschäftsräume und viel ununterträgliche Mietpreissteigerung betroffene Angehörige des gewerblichen Mittelstandes Stellung bezogen.

Zunächst wurden ohne Aussprache die Entwürfe
ber die
aufwertung von Erbpachtzinsen, Grundmieten, Erb-
leihen und ähnlichen Ansprüchen,

Die über die Aufwertung von Versicherungsansprüchen gegen öffentliche Feuerversicherungsanstalten der Ausbesserung überwiegen, ebenso der Antrag sämtlicher Parteien auf Aufnahme eines Darlehns zur Durchführung eines Darlehns bis zur 30 Millionen zur Verbesserung der Reichshilfe für die östlichen Grenzgebiete der sozialdemokratische Antrag, der Auskunftsverordnungen, welche Grundpunkt des preussischen Staatsministeriums bei den Verhandlungen des neuen Strafgesetzbuchs im Reichstag zu den grundlegenden Fragen des Entwurfs eingenommen hat. Ohne Rücksicht wurde der Antrag dem Reichsausschuss über-

Das Haus ging dann über zur Beratung des Aus-
schusses über die
Bildung eines neuen Ausschusses für die östlichen
Grenzgebiete.
Der neue Ausschuss

3. Der Ausschuss für den Verkauf von Waren: Dreißig Mitglieder, die von den drei nationalen Ausschüssen benannt werden. Bei Annahme eines Antrages würde nach der Bestimmung der Reihenfolge der Verhandlung der Antrag auf Zustimmung des Ausschusses für den Verkauf von Waren vorliegen. Der Ausschuss für den Verkauf von Waren würde nach der Bestimmung der Reihenfolge der Verhandlung der Antrag auf Zustimmung des Ausschusses für den Verkauf von Waren vorliegen. Der Ausschuss für den Verkauf von Waren würde nach der Bestimmung der Reihenfolge der Verhandlung der Antrag auf Zustimmung des Ausschusses für den Verkauf von Waren vorliegen.

Darauf kam das Hauptthema des Tages an die Reihe:
Die gewerblichen Räume.

Zur Beratung stand der Bericht des Ausschusses für Wohnungswesen und Heimstättenwesen über die Anträge zur Vorordnung des Wohlfahrtsministeriums über die Forderung Wohnungszwangswirtschaft, insbesondere über die verbleibenden Räume. Bekanntlich war der größte Teil der Anträge im Ausschuss abgelehnt worden, zurückgezogen worden. Annahme hatte lediglich gefunden der aufschubbedingte Vorschlag auf Einrichtung amtlicher Wohnbüros, und der Antrag der Demokraten auf Veräußerung der Mietherrnämter bisshen Rüssler. Der Antrag, darunter der Antrag der kommunistischen Fraktion, dem Wohlfahrtsministerium das Verwaltungsverfahren zu entziehen. Der Beginn der Beratung

unter größter Unruhe des Hauses.
Hr. v. Martels-Aresch (Komm.) beantragte die
sofortige Verbeurkundung des Ministerpräsidenten, damit
er zu dieser wichtigen Materie die Stellungnahme des
Gesamtabeins darlege. Zugleich beantragte er die
Verpachtung dieses Anwesens.

Beide Anträge fanden die geschäftsordnungsmäßig erforderliche Unterstützung von 15 Abgeordneten, nämlich

In der Besprechung führte Abg. Vartels (Komm.) aus, die preußische Regierungspolitik sei, wie sich bei ihrer widerstrebenden Haltung zu dieser Verordnung herausstelle, in die größte Verwirrung verfallen, daß die Sozialdemokratie auch bei dieser Frage wieder wie bei der Hohenzollern-Ermächtigung ein doppelzüngiges Spiel treiben. Beisatz bei den Kommunisten. Handelsreisenden auf den Tribünen. Präsident Vartels droht mit der Räumung der Tribünen. Großer Lärm bei den Kommunisten und Auf: Das ist ein Sozialdemokrat (der Präsident).

Abg. Mevr. Solingen (Soz.) bemerkte, die Sozialdemokraten hätten keine Veranlassung, den kommunistischen Antrag auf Herbeirufung des Ministerpräsidenten zu unterstützen, weil die fragliche Verordnung allein durch den Volkswohlfahrtsminister und ohne Billigung des Kabinetts erlassen sei. Die Sozialdemokraten hätten sofort nach Erlass der Verordnung ihre Aufhebung beantragt.

Daß ein Antrag Haß (Dem.) auf Schluß der Debatte eingebracht war, führte
Hr. v. Barfels (Freiheit (Rom.) aus, dieser An-
trag sei ein politischer Feindel geboren. Er wurde
darauf zur Ordnung gerufen.
Der Antrag auf Schluß der Debatte wurde unter
angegebener Form angenommen. Deutsch-
nationale einige Volkspreiser und -gelehrte, ange-
nommen. Ablehnung gegen die gleiche Minorität
und der kommunistische Antrag auf Verbeiztierung
des Ministerpräsidenten.

Die Vertheilung der Sache selbst führte
Herr v. Bismarck (Soy.) als Ausschussbericht-
er aus, und schlug die Wirtschaftspartei
von Anfang an für eine beschränkte Aufrechter-
haltung der Directsteuern ein. Die eingeleitete
Maßnahme zum Schutz der Gewerbetreibenden
vor struppellosem Miethwucherung und die Einföhrung von
neuen Steuern, läme jedoch offenbar zum
Lubdruck nicht einmal die Bedenken der Mehrheit,
die sich im Grunde für die Verordnung ergeben habe,
einstufig seien.

Als erster Debattierender hob
Abg. Gaeje-Wiesbaden (Soz.) hervor, daß der
gentliche Anstoß zur Rüstfeller-Verordnung von den
deutschen Anträgen ausgegangen sei, die am
Mai 1926 beantragten, zu prüfen, ob nicht die großen
Lohnungen und Gewerberäume aus der Zwangs-
wirtschaft herausgenommen werden könnten. Es folgte sofort
die Wirtschaftspartei mit viel schärferen Anträgen.

darum die Aufrechterhaltung der Sozialordnung. Diese Verordnung bedeutet vollstündig nicht nur für Ladenmeister und Gewerbetreibende eine große Belastung, sondern für das gesamte werktätige Volk. Denn zweifellos würden infolge der weiteren Steigerung der Lebenshaltungskosten steigen. (Zurufe des geordneten Publikums). Viele ältere, bisher fest-

nichtige Kräfte, die die höhere Mitte nicht mehr fassen würden, wurden das Heer der Erbsünden noch weiter, ein weiteres schändliches Merkmal für diese Vererbung, die verschwinden müsse. (Händelstücken aus den Trüben Brüdern Variels droht er mit kommunikativer Räumung der Trüben). Den Kommunisten ist sein Antrag, dem Volkswirtschaftler das Vertrauen zu entziehen, müßten die Sozialisten kommunizieren können, was sie nicht im Schleppland betrachten ablehnen zu müssen, müßten die Sozialisten kommunizieren können, was sie nicht im Schleppland betrachten ablehnen zu müssen. (Zurück bei den Kommunisten: Sie betrauen also Händel? Was Liebe!ollen Sie lieber einen deutschen Minister?) Der Medner zum Schluss erklärte, Sozialdemokraten würden sich immer für die Angelegenheiten des Vaterlandes und die Auszubildenden der Sozialistinnen interessieren, doch erneuerte Beifall auf den Publikumstribünen aus.

1. Eine Hoff (Dm), und hierauf für die deutsche
 2. nationale die folgende Erklärung ab:
 3. eine Faktion, heißt gelassen auf dem grundsätzlichen
 4. verändernden Standpunkt der Vorposten einer im
 5. ihrer Mission freien Faktion, Gerade im Interesse
 6. ihrer Zeit es, daß das Volkmanntreten in alle
 7. Faktion, plausibler Weise von den Faktion, bei
 8. dem demokratischen Faktion, wird. (Sehr richtig) rechts.
 9. eine Faktion, die Faktion, mit ihre Faktion, von
 10. einer Faktion, und Faktion, in jeder Weise,
 11. werden bei der Faktion, und Faktion,
 12. in Faktion, nicht Faktion, Faktion, ist auch
 13. Faktion, werden, und Faktion, einem Faktion, eine
 14. Faktion, Faktion, Faktion, haben, die Faktion,

Dampfers in
der Nord-Westung
der von Schang-
haifische amerika-
gesamten Be-
Der Kapitän des
berichtet, daß an
einem Umkreis von
er sichtbar waren.

Sparkassen-Direktion:
Wiesmann.

[illegible]